

Steueranhebungen in der Stadt provozieren Protest

Steueranhebungen treffen nicht nur „Reiche“ – vor allem, wenn es um städtische Steuern geht. Gegen die jüngst beschlossenen Erhöhungen in Suhl regt sich nun Widerstand.

Von Olaf Amm

Suhl – Mit nur einer Stimme Mehrheit wurde kürzlich im Stadtrat die Anhebung der Grund- und der Gewerbesteuer beschlossen (*Freies Wort* berichtete). Ab kommenden Jahr müssen Hausbesitzer und Mieter ein Fünftel (genau 21 Prozent) mehr Grundsteuer an die Stadt zahlen. Nun regt sich Widerstand auch außerhalb des Stadtrates.

„Viele der im Privatbesitz befindlichen Immobilien auch in Suhl sind im Eigentum älterer Bürger, die lediglich ihre Rente beziehen“, kritisierte Wolfgang Müller, Vorsitzender des Vereins Haus und Grund Suhl und Umgebung. Die Forderungen der Politik nach privater Altersvor-



Der Begriff „Immobilie“ trägt das Problem vieler Bürger schon in sich. Ein Haus ist nicht mobil und kann bei Steueranhebungen nicht einfach in den Nachbarlandkreis ausweichen.

Foto: dpa

sorge auch mit Wohneigentum werde durch solche Mehrbelastungen infrage gestellt. „Man könnte auch meinen, die Politik weiß nicht, von was sie spricht“, erklärte Müller.

Dabei dürfte die Grundsteuererhöhung nicht nur die Grundstücksbesitzer interessieren, da bei vermieteten Objekten letztlich auch jeder einzelne Mieter von dieser geplanten Erhöhung betroffen sei. Für diese wer-

den sich die Nebenkosten erhöhen. Außerdem dürfte die Steuerlast Menschen abschrecken, die in Suhl ein Haus kaufen oder bauen wollten.

Müller verweist auf Unverständnis der Grundstücksbesitzer zu Verhandlungen eines Kleinunternehmers mit der Stadtverwaltung, ob ihm Kosten aus offenen Steuerforderungen erlassen werden (*Freies Wort* berichtete). „Sollte man der Forderung des Un-

ternehmers folgen, würde sich gern auch mancher Hausbesitzer anschließen, um über eine Reduzierung seiner Steuerlast mit der Stadt zu verhandeln“, erklärte er ironisch. Die Stadtverwaltung äußert sich zu dem Fall nicht, da er im nichtöffentlichen Teil eines Ausschusses verhandelt wurde.

Die Industrie- und Handelskammer (IHK) Südthüringen stellte kürzlich fest, dass regionale Abgaben wie die Gewerbesteuer, die Grundsteuer, die Wasser- und Abwassergebühren sowie die Müll- und Entsorgungsggebühren ebenso wie die Strom- und Gaspreise bereits heute von den Unternehmen als Standortnachteil in Thüringen identifiziert werden. „Damit ist die Stadt isoliert“, kommentierte Hauptgeschäftsführer Ralf Peterwas die jüngsten Steueranhebungen in Suhl. Der Thüringer Finanzminister Wolfgang Voß (CDU), dessen Haus Druck auf die Kommunen ausübt, verteidigt die Steuererhöhungen bei Grund- und Gewerbesteuer. Thüringen befinde sich hier gerade einmal auf dem Weg hin zu den durchschnittlichen Steuersätzen in der Bundesrepublik.